



LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) machte sich gestern in Absam ein Bild von der angespannten Situation mit den Asylwerbern. Foto: Böhm

## Land ringt um neue Quartiere

**Innsbruck** – Es sind zwölf Zelte bei der Polizeischule Wiesenhof in Absam, welche die aktuelle Flüchtlingssituation in Tirol widerspiegeln, denn es gibt wieder einmal zu wenige feste Unterkünfte. 5800 Geflüchtete haben derzeit die Zulassung für ein Asylverfahren und müssten eigentlich von der Bundes- in die Landesbetreuung übersiedeln. Doch es fehlt schlichtweg an Quartieren.

**„Tirol wird sich solidarisch zeigen, aber alleine sicher nicht alles leisten können.“**

LHStv. Georg Dornauer/SPÖ (Flüchtlingsreferent)

Nur in Übereinstimmung zwischen Bund und Ländern kann die Bundesbetreuungsgesellschaft Asylwerber in Tirol unterbringen. Derzeit werden in organisierten Unterkünften der Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) und in privaten Quartieren 4880

Asylwerber, darunter 3100 Vertriebene aus der Ukraine, versorgt. Eigentlich müsste Tirol noch weitere 2800 Asylwerber aufnehmen, doch das scheint augenblicklich unmöglich zu sein. Zumindest bis Ende November wurde das Ziel von weiteren 500 Plätzen ausgegeben.

Wie es zu einer Lösung der durchaus angespannten Situation zwischen Bund und Land Tirol kommen soll, darüber wollen Flüchtlingsreferent LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) und Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) heute sprechen. Im Vorfeld kündigte Dornauer gegenüber der *TT* an, dass sich Tirol solidarisch zeigen werde, aber alleine sicher nicht alles leisten könne. Er stehe jedenfalls mit Innenminister Gerald Karner in gutem Kontakt. Ein gemeinsames Großquartier könnte angedacht werden, zugleich plant das Land Tirol einen Asylgipfel mit den Gemeinden, damit tirolweit neue Quartiere bereitgestellt werden können. (pn, nico)

# Aus Protest nicht in den Zelten geschlafen

Asylwerber protestierten gegen Unterbringung mit einem Hungerstreik und einer Nacht im Freien. Gestern wurden sie nach Kufstein verlegt.

Von Nico Knappe

**Absam** – Es war ein Hin und Her um das Zeltlager in Absam. Donnerstag zeichnete sich dann eine Lösung rund um die umstrittene Unterbringung ab. Am späten Nachmittag wurden die 16 Asylwerber schließlich in die Notschlafstelle der Tiroler Sozialen Dienste (TSD) nach Kufstein gebracht. Hinter ihnen liegen Stunden des Protests und schlaflose Nächte.

**„Wir sind vor dem Krieg geflohen, um zu leben. Wir bitten lediglich um menschenwürdige Unterkünfte.“**

Anis, Asylwerber aus Syrien

Die erste Nacht (auf Mittwoch) verbrachten die aus ihren Heimatländern Geflüchteten in Zelten. In denen es aber zu kalt gewesen sei, wie ein Betroffener schildert. „Um ein Uhr nachts ist der Strom für den Heizstrahler ausgefallen.“ Den meisten gehe es gesundheitlich ohnehin nicht gut. „Sie haben Durchfall, zwei waren im Krankenhaus, weil es ihnen so schlecht ging.“

Ihre Ankunft war gleichzeitig der Beginn eines Hungerstreiks. Damit wollten sie ihren Protest zum Ausdruck bringen. Und sie verbrachten die Nacht auf Donnerstag im Freien vor den Zelten, bei einigen Graden über null. Ein Syrer kann die Unterbringung in einem Zelt nicht nachvollziehen: „Ich wäre mit jedem Platz zufrieden. Egal, wo. Hauptsache, er ist drinnen.“

Absams Bürgermeister Manfred Schaffner hat Verständnis dafür, dass Zelte gerade zu dieser Jahreszeit abgelehnt werden. „Unwürdig“,



Geflüchtete vor dem Zeltlager des Bundes bei der Polizeischule Wiesenhof bei Absam. Foto: Knappe

kommt ihm über die Lippen. „Selbst das Vieh bringen wir von den Almen in die Ställe.“

Bereits am Dienstag konfrontierte der Bürgermeister die zuständige Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) mit einem Schreiben, in dem er den Rückbau der Zelte innerhalb von drei Tagen fordert. „Weil sie es verabsäumt hat, eine Bauanzeige zu erstatten, müssen die Zelte laut Tiroler Bauordnung beseitigt werden.“ Konter der BBU: Die Aufstellung von Zelten stellt aus ihrer Sicht keine bauliche Maßnahme dar und falle deshalb nicht unter die Tiroler Bauordnung. Somit bleiben die Zelte vorerst und hätten Kapazitäten für bis zu 100 Menschen.

Der erst Dienstag angelobte Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer (SPÖ) versuchte sich am Donnerstagnachmittag vor Ort ein Bild zu machen. Nach einem Gespräch mit den Geflüchteten teilte Dornauer



Die Asylwerber bereiteten sich gestern auf die Verlegung vor. Foto: Böhm

er mit, dass noch am selben Tag alle in die Notschlafstelle Kufstein gebracht werden. An den Absamer Bürgermeister Manfred Schaffner wandte er sich mit großem Dank und lobte die gute Zusammenarbeit in dieser doch schwierigen Situation.

Wie in seiner Regierungserklärung sagte Dornauer, er wolle alles daran setzen, dass niemand mehr in Zelten unterkommen müsse. Alternativen werde der „ein oder andere Container“ benötigt, aber „Zelte brauche ich nicht“.

Freitagnachmittag findet in Absam eine Kundgebung u. a. mit Schwester Notburga aus dem Herz-Jesu-Kloster Hall, Vertretern des Vereins Fluchtpunkt und weiteren NGOs statt. Sie wollen ein Zeichen für „eine menschenwürdige Unterbringung und gegen Zelt- und Abschiebelager“ setzen.



Die 30 ukrainischen Frauen und Kinder haben sich in Jenbach gut eingelebt. Sie wollen nicht nach Fiecht umziehen. Foto: Dähling



## „Sie können in Jenbach bleiben“

Das Zittern der ukrainischen Flüchtlinge in Jenbach hat ein Ende. Sie ziehen nicht um.

**Jenbach** – Die Ungewissheit nagte tagelang an den Gemütern der ukrainischen Flüchtlinge in Jenbach. Sie saßen wie auf Nadeln, wussten nicht, was passiert, welcher Schritt als Nächstes folgt. Eigentlich fühlen sie sich in ihrer Unterkunft im ehemaligen Hotel Toleranz wohl. Doch zur Ruhe zu kommen, fiel ihnen seit Kurzem schwer. Um genau zu sein, seit die Nachricht kam, dass sie ins Stift Fiecht übersiedeln müssten. Ein Umzug, den offenbar niemand will

– außer den Tiroler Sozialen Diensten (TSD). Vergangenen Freitag ist der Bus aufgefahren, der die 30 Frauen und Kinder nach Fiecht bringen sollte. Doch die ukrainischen Flüchtlinge sind nicht eingestiegen. Unterstützung erhalten sie von engagierten Freiwilligen. Darunter auch VBM Christian Wirtenberger, der den Verein „Toleranz für Menschen in Jenbach“ gegründet hat: „Ich werde alles versuchen, damit sie hierbleiben können. Auch

wenn die Zukunft ungewiss ist.“ Für BM Dietmar Wallner wirkt das Vorgehen der TSD wie ein Strategiespiel: „Aber man kann nicht einfach 50 Leute da hinschicken und 50 Leute da hinschieben. Wenn man einen gewissen Stand an Integration erreicht hat, die Menschen im Ortsgeschehen integriert sind, die Kinder in die Schule gehen, sich Freundschaften gebildet haben usw., dann sollte man nicht wieder die Brücken abreißen.“ Das Stift Fiecht im Besitz

von Christoph Swarovski hält die leeren Räumlichkeiten weiter frei. Wer dort einziehe, überlasse man den TSD.

Während bei den TSD die gestrigen *TT*-Anfragen unbeantwortet blieben, bezog einer ganz klar Stellung: LR Georg Dornauer machte sich gestern Nachmittag selbst ein Bild vor Ort und stellte klar: „Die 30 ukrainischen Flüchtlinge können bleiben.“ Zudem sicherte BM Wallner Unterstützung seitens der Gemeinde zu. (emf)

## Gespräche über Zukunft der TSD

**Innsbruck** – Wie geht es mit der Flüchtlingsgesellschaft TSD weiter? Auch die SPÖ hat sich in der Vergangenheit immer wieder dafür ausgesprochen, die Flüchtlingsagenden in die Landesverwaltung zu reintegrieren. Dazu wird es nicht kommen. Gestern gab es jedenfalls das erste Gespräch zwischen dem neuen Flüchtlingsreferenten LHStv. Georg Dornauer (SPÖ) und TSD-Geschäftsführerin Carolin Porcham. Anhand der Leitlinien des aktuellen Berichts des Landesrechnungshofs – die *TT* berichtete – soll gemeinsam eine nachhaltige Lösung erarbeitet werden, wie es heißt.

Erst seit dem Vorjahr gibt es bei der Ende 2014 gegründeten Landes-Flüchtlingsgesellschaft TSD so etwas wie einen Silberstreif am Horizont. Die erste Bilanz von Porcham, die seit Ende 2020 im Amt ist, weist einen Gewinn von



Die TSD stehen mehr denn je auf dem Prüfstand der Politik. Foto: TSD

567.000 Euro aus. Im 200 Seiten umfassenden LRH-Bericht, der die Jahre von 2017 bis 2021 beleuchtet, offenbart sich aber erneut ein kostspieliges Missmanagement bei den TSD. Das fängt bei den Kosten für nicht verwendete Flüchtlingsunterkünfte von 12,2 Mio. Euro zwischen 2017 und 2020 an und endet bei Mängeln im internen Rechnungswesen oder bei fehlenden internen Kontrollsystemen. (pn)